

# Dresden'sche Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Bemühungen:  
Geb. Arnold, Dresden.

Veröffentlicht: Leipzig  
2001, Nr. 20013

#### **Comments:**

**Zehnmarkenspreis** mit der täglichen Unterhaltungssellage Leben, Wissen, Kunst und sieghafte Gringeröhn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen  
wiederumstreichlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich.

**Redaktion:** Bettinerplatz 10. Tel. 25 2561.  
**Erschließung nur i. edingung von 12 bis 1 Uhr.**  
**Expedition:** Bettinerplatz 10. Tel. 25 2561.  
**Abholzeit nur 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.**

Inserate werben die 6-spaltige Zeitung mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Mr. 160.

Dresden, Freitag den 13. Juli 1917.

28 Zahra.

Ein Erfolg der Heeresgruppe Kronprinz. — Russische Angriffe am Donestr gescheitert.

(vgl. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, bew.  
2. Juli 1917.

Schönheit und an mehreren Stellen der Domnica-

Linie russische Angriffe zum Scheitern gebracht werden.  
In der

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph  
und bei der  
Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls

bringen noch starkerem Feuer mehrfach feindliche Aussichtsabteilungen gegen unsere Stellungen vor; sie sind überall abgewiesen worden.

**Mazedonische Front.**  
Deftlich der Ridge Planina löste ein erfolgreicher bulgarischer Angriff seitliche Steppenangriffe der Serben aus; sie schlugen ver-

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Berlin, 13. Juli, nachm. 3.15. (Privattelegramm)

der Dresdner Volkszeitung) Die Krise dauert fort ist sogar neu verschärft worden. Hindenburg und Ludendorff werden nunmehr mit den Parteiführern verhandeln..

seitigung dieser Staatssekretäre steht die Frage der Parlamentarisierung im Reiche in Verbindung. Es wäre ganz gewiß von grösster Bedeutung, wenn das parlamentarische System schnell zur Verwirklichung gebracht werden würde. Das ist aber eine Frage von besonders großen Schwierigkeiten. In dieser Frage würden die Bundesstaaten, gerade auch die süddeutschen, die sonst nicht selten die Förderer einer einigenmaßen fortschrittlichen Politik sind, den heftigsten Widerstand leisten. Die Anwesenheit des bayrischen Ministerpräsidenten v. Hartling in Berlin dürfte infolge der Aufwerfung dieser Fragen erfolgt sein. In Reichstagssitzungen wird zunächst eine Übergangsform gesucht. Es lämme in Betracht, daß einige wichtige Staatssekretärsämter mit Parlamentariern besetzt werden. Ferner wird eine Art Reichsrat erwogen, in dem Parlamentarier ständige Sitz haben und der besonders die groben Fragen des Krieges und der Friedensherbeiführung gemeinsam mit dem Kanzler zu behandeln hätte. In diesen Dingen ist bisher weder volle Klärung noch Einigung unter den Parteien erfolgt. Es ist also noch nicht zu übersehen, ob die große Krise mit der politischen Debatte, die am Sonnabend stattfinden soll, und mit der Eredigierung der Kreditvorlage zum Abschluß gelangen wird. Das wichtigste aber zur Stunde ist, daß die Friedenskundgebung des Reichstags klar und machtvoll zustande kommt. Neben der Sicherung des gleichen Wahlrechts würde dies für das deutsche Volk wie für die ganze Menschheit eine große Hoffnung bringen.

## **Eine neue Friedensformel?**

In den leitenden politischen Kreisen des Reiches ist man, so schreibt das B. T., der Lösung der angeschnittenen Fragen noch immer nicht näher gekommen, ja, seit Donnerstag nachmittag zeigen sich neue Verwicklungen. Wie wir aus dem Reichstage hören, haben fast alle Fraktionen, insbesondere auch die fortschrittliche Volkspartei und das Zentrum alle ihre noch dort in Berlin weilenden Mitglieder telegraphisch nach der Hauptstadt geladen. Schon daß ist ein Zeichen der unverändert feindseligen Lage. Donnerstag nachmittag erfuhr man dann, daß irgendwo eine neue „Reichensformel“ aufgetaucht sei, und zwar aus der Mitte der nationalliberalen Fraktion — ihr Vater soll angeblich Professor v. Galler sein — eine Formel, die dem Vernehmen nach noch schärfer den unabdingten Willen zum Durchhalten und zum Siege betont. Angeblich soll auch das Zentrum sich schon in der durch den Unfall des Abg. Spahn jählings unterbrochenen Fraktionssitzung bereit erklärt haben, auf den Voden der neuen Formel zu treten. Um späten Nachmittag waren wiederum die Fraktionsführer vereinigt und wurden neue Sitzungen der Fraktionen einberufen.

Noch verantworteter fast liegen die Dinge in der Frage der Parlamentarisierung. Nicht nur aus den Reihen der Bundesregierungen, sondern neuerdings auch aus den Reihen der Parteien sollen allerlei Bedenken, namentlich über die praktische Durchführung der Parlamentarisierung laut geworden sein, und allerlei Anzeichen scheinen und dafür zu sprechen, daß ein großer Teil der Parteien heute fast geneigt ist, diese Fragen noch einige Monate lang zurückzustellen! Anderseits wird das Projekt eines sogenannten „Reichstags“ weiter diskutiert, einer Körperschaft, die unter dem Vorsiege des Reichskanzlers sich aus den Spalten der Heeresleitung, den beamteten Staatssekretären und einer Reihe parlamentarischer Staatssekretäre oder Minister, aber wie man sie sonst nennen würde, zusammensehen und „die enge Führungnahme gewöhnlichen Parlament und Regierung herstellen“ soll. Die Sozialdemokratie hat schon jetzt erklärt, daß sie sich an der Schaffung einer solchen Institution unter keinen Umständen beteiligen würde, und auch in den Reihen der Hochkirchlichen Volkspartei ist man der Meinung, daß das keine parlamentarische, sondern, mit der Reit jedermann, eher eine antiparlamentarische Schöpfung werden würde. Daß wir diesem Projekt absolut ablehnend gegenüberstehen, haben wir im gestrigen Abendblatt gesagt.

## Die Aufnahme der Wahlrechtsankündigung.

Wie nicht anders zu erwarten war, ist die Ankündigung des gleichen Wahlrechts bei den Konservativen mit Heulen

des gleichen Zeitraums, der die Wahlkampf- und Wahlversammlungen quittiert worden. Der Vorstand der konservativen Partei veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt:

Die konservative Partei vermögt weder anzuerkennen, daß die im August gestellte Rahmenklausur durch die Erfahrungen des Krieges geboten war, noch daß sie auch nur als geeignete erscheinen könnte, um über die Schwierigkeiten der beständigen Organisation und dem Zusammenhalt des Volkes zu fürchten.